



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Dienstag, 25.07.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Zusammenlegung Anton-Bruckner-Schule und Pestalozzischule (Vorberatung) Vorl.Nr. 214/17

Beschlussempfehlung:

1. Die Anton-Bruckner-Schule und Pestalozzischule werden ab dem Schuljahr 2018/19 wie folgt zusammengelegt und unter dem Namen Anton-Bruckner-Schule weitergeführt:
 - 1.1 Die Pestalozzischule wird ab dem Schuljahr 2018/19 auslaufen und keine Einschulungen mehr aufnehmen.
 - 1.2 Für die vorhandenen Klassen der Pestalozzischule gilt der Bestandsschutz, diese werden nach ihrem Erlass der offenen Ganztagschule in ihrem Klassenverband bis Ende Schuljahr 2020/21 abgewickelt.
 - 1.3 Die Anton-Bruckner wird ab dem Schuljahr 2018/19 nach ihrem Erlass der teilgebundenen Ganztagschule mit der vertikalen Trennung Schüler in Ganztagsklassen und Halbtagsklassen aufnehmen.
- 2 Die Verwaltung wird beauftragt, das Betreuungskonzept der Schulkindbetreuung auf die neue Schulkonzeption ab dem Schuljahr 2018/2019 anzupassen und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussempfehlung wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

TOP 1 Zusammenlegung Anton-Bruckner-Schule und Pestalozzischule (Vorberatung) Vorl.Nr. 214/17

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried eröffnet die letzte Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vor der Sommerpause und begrüßt die Anwesenden. Nachdem keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, ruft EBM Seigfried TOP 1 auf. Hierzu begrüßt er Herrn Haaga vom staatlichen Schulamt und gibt das Wort an Frau Schmetz weiter.

Frau Schmetz (FB Bildung und Familie) führt in das Thema ein. Der zu gehende Lösungsweg sei schnell eindeutig geworden. Die Pestalozzischule werde sukzessive in die Anton- Bruckner-Schule überführt. Für die vorhandenen Klassen der Pestalozzischule gelte Bestandsschutz. Ergänzend werde im Betreuungskonzept eine Änderung erfolgen. Die Auswirkung auf die Schulkindbetreuung werde dem Gremium vorgelegt. Man wolle weiterhin sicherstellen, dass von 7 bis 17 Uhr ein Betreuungsband vorliege. Die Finanzierung der Schulkindbetreuung sei gesichert. Alle Schulgremien beider Schulen haben dieser Idee zugestimmt.

Herr Haaga (staatliches Schulamt) wolle nichts weiter ergänzen. Die Vorlage sei vollständig.

EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer teilt mit, dass er dem Verwaltungsvorschlag folgen könne und dankt für die Vorlage. Die Vorbereitungen durch die Schulleitungen seien gut. Der Wunsch, den Eltern eine Wahlmöglichkeit anzubieten sei ermöglicht worden. Er hoffe, dass das differenzierte Angebot weiterhin ermöglicht werde. Er wolle sich bei allen Beteiligten bedanken.

Als Identität im Wandel sieht Stadtrat Prof. Vierling die Zusammenlegung. Beide Schulen seien feste Größen in der Schullandschaft. Die eigene Tradition, der eigene Standort, sowie die eigenen prägenden Persönlichkeiten wolle man nicht so schnell aufgeben. Andererseits sei der Wandel im Grundschulbereich nirgends so stark erfahrbar. In der Vergangenheit habe es bei beiden Schulen viele Änderungen gegeben. Er wolle seinen Dank an die Schulleiter aussprechen. Die Schulen haben sich weiterentwickelt. Die heutige Situation sei anders als vor 6 Jahren. Damals habe es Widerstand gegen eine Fusion gegeben. Heute sehe man eine Zusammengehörigkeit. In einer größeren Einheit falle eine Angebotsvielfalt und Wahlmöglichkeiten leichter. Seine Fraktion stimmt der Verwaltungsvorlage überzeugt zu.

Ebenso Zustimmung und den Dank an die Schulen erfolgt von Stadtrat von Stackelberg. Beide Schulen haben in der Vergangenheit eine hohe Belastung durch Umzug und Baumaßnahmen durchlaufen. Die Schulleitungen seien in einer konstruktiven und angenehmen Atmosphäre aufeinander zugegangen. Er dankt allen Beteiligten.

Stadträtin Moersch merkt an, dass die Rahmenbedingungen sich geändert hätten. Für beide Schulen sei die Zusammenlegung von Vorteil. Sehr lange habe man sich mit diesem Thema beschäftigt. In der Vergangenheit sei bei beiden Schulen eine hervorragende Arbeit geleistet worden. Es gebe weiterhin eine Wahlmöglichkeit für die Eltern. Sie freue sich über die Zustimmung aller schulischen Gremien und stimme gerne zu.

An die frühere Diskussion bezüglich einer Zusammenlegung erinnert Stadtrat Heer. Man habe damals mehrheitlich gegen eine Zusammenlegung gestimmt. Die Zeiten hätten sich mittlerweile geändert. Die Schulen gehen jetzt ineinander über. Die Eltern haben weiterhin Wahlfreiheit. Die Entwicklung und die Gespräche haben gezeigt, dass dies eine gute Entwicklung sei, zumal alle entscheidenden schulischen Gremien sich dafür ausgesprochen haben. Er könne der Vorlage

TOP 1

Zusammenlegung Anton-Bruckner-Schule und
Pestalozzischule

Vorl.Nr. 214/17

zustimmen.

Stadtrat Kube gibt ebenso seine Zustimmung.

EBM Seigfried lässt über die Vorlage abstimmen und wünscht den Schulen bei der Zusammenlegung alles Gute.

Nach der Abstimmung spricht Herr Haaga (staatliches Schulamt) seinen Dank an die Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern aus. Er hoffe, dass dieser Beschluss für Ruhe und Stabilität im Grundschulcampus Sorge. Bildung brauche Ruhe, Konsens und Stabilität.

TOP 2

Projekt KiFa plus - Aktivierung von Familien in besonderen Lebenslagen
Unterstützung für obdachlose Familien

Vorl.Nr. 024/17

Beratungsverlauf:

Frau Burk und Frau Saglam (FB Bildung und Familie) informieren über das Projekt KiFa plus. Nach Beginn der Tätigkeit von Frau Saglam in der Unterkunft erfolge heute ein aktueller Zwischenbericht. Die Problemlagen vor Ort seien sehr multipel. Man wolle für die Kinder gute Entwicklungs- und Bildungschancen schaffen. Die Altersspanne der Kinder sei von 1-18 Jahren. Die derzeit am stärksten vertretene Altersgruppe sei von 3 bis 6 Jahren. Zudem gehe es für die Familien um Integration und Teilhabe, sowie die Eigenverantwortlichkeit durch Hilfe zur Selbsthilfe. Das Angebot sei freiwillig. Frau Burk gibt Einblicke in die tägliche Arbeit in der Unterkunft. Die Grundlage sei Beziehungsarbeit. Man gebe Einzelfallhilfe, unter anderem Vermittlung an Fachdienste, sowie Integration in bestehende Angebote in Eglosheim. Hoffnungslosigkeit, Scham, mangelnde Toleranz, familiäre Beziehungsprobleme, psychische Belastung und weiteres seien die Herausforderungen. Ein Lern-/Spiel-/Lesezimmer sei eingerichtet worden. Der KiFa Elternkurs werde in diesem Raum ebenso stattfinden. Die Stellenanteile von Frau Saglam seien kürzlich auf 70% erhöht worden.

EBM Seigfried dankt den Vortragenden und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Köhle dankt für die Mitteilungsvorlage und den Bericht. Er sei froh und dankbar, dass es diese Projektidee und auch die Förderung durch das Land gibt. Es mache nachdenklich, wie schnell man in eine solche Situation geraten kann. Gerne könne nach Förderungsende über die weitere Finanzierung gesprochen werden.

Ebenso ihren Dank für den Bericht und die wertvolle Arbeit spricht Stadträtin Steinwand-Hebenstreit aus. Auch die Fördergelder abzurufen, sei eine wichtige Aufgabe des Fachbereiches. Die Reintegration sei sehr wichtig. Ein Gemeinschaftsraum in der Einrichtung wäre sinnvoll. Die Ausweichmöglichkeit in das KARMA sei eine Ressource.

TOP 2

Projekt KiFa plus - Aktivierung von Familien in besonderen Lebenslagen
Unterstützung für obdachlose Familien

Vorl.Nr. 024/17

Auch Stadtrat von Stackelberg dankt für den interessanten Bericht und die Arbeit. Die Schicksale berühren. Hier sei ein hoher Handlungsbedarf und dieser müsse langfristig gesehen werden. Der frühe Einsatz der Aktionen und der Präventionsmaßnahmen sei sinnvoll. Er freue sich, dass Landesförderungen eingesetzt werden. Die enge Verzahnung mit der WBL sehe er von Vorteil. Weiter spricht er die beengte Wohnsituation an und wolle mehr Information bezüglich der hohen Mietkosten.

Stadträtin Moersch sieht hier eine besondere Beziehungsarbeit mit menschlicher Zuwendung und Professionalität, vielen Herausforderungen und Schwierigkeiten. Hierfür wolle sie ihren Dank aussprechen. Es sei eine hervorragende Arbeit geleistet worden. Der Blick auf die Kinder sei wichtig. Der Bedarf wird vor Ort entschieden, dies sei gut. Die Vernetzung mit der WBL sei gut. Sie wünsche weiterhin alles Gute und sagt ihre Unterstützung weiterhin zu.

Seinen Dank spricht ebenso Stadtrat Heer aus. Hilfe in allen Lebenslagen sei in dieser Einrichtung erforderlich. Es gehe nicht nur um Wohnraum, sondern auch um Betreuung. Perspektiven aufzuzeigen, vor allem für Kinder, sei wichtig. Bezüglich der Räumlichkeiten gebe es eventuell Erweiterungsmöglichkeiten im Innenhof. Dies müsse mit der WBL besprochen werden. Er wünsche weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

Stadtrat Kube dankt ebenso. Die Arbeit sei für die Personen in dieser Situation sehr wichtig. Er merkt an, dass künftig weniger Menschen, bestenfalls niemand, in eine solche Notsituation kommen sollte und bemängelt, dass dieses Angebot überhaupt notwendig sei.

EBM Seigfried fügt noch hinzu, dass zum Teil die Wohnungslosigkeit durch mietwidriges Verhalten, sowie der Wohnungsmangel verursacht werde. EBM Seigfried macht einen Exkurs auf das Ergebnis der letzten BTU Sitzung zum Thema Wohngebiet Neckarweihingen. Man brauche dringend Wohnraum. Es gebe Familien, die ihre Miete bezahlen können, aber leider kein Wohnraum vorhanden sei. Er appelliere an den Gemeinderat darauf zu achten, dass die existentielle Frage von Wohnen gesehen werden solle. Die Einrichtungen zur Abwendung von Obdachlosigkeit haben einen anderen Charakter als Wohnungen. Man erhebe keine Miete, sondern Gebühren. Hier fließen unter anderem Verwaltungskosten, Wohnungskosten ein. Die Gebührenhöhe könne nicht mit einer Miethöhe verglichen werden. Erforderlich sei bei der nächsten Gebührensatzanpassung eine Härtefallklausel einzuführen.

Stadträtin Dr. Traub regt an, dass zur Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen motiviert werden solle.

Die Entscheidung über die Nutzungsordnung sei letztes Jahr im Gemeinderat nur knapp entschieden worden, so Stadtrat von Stackelberg. Er sehe es sinnvoll über die Gebührensätze nochmals nachzudenken, da diese sehr hoch seien.

Stadtrat Meyer spricht die Ausführungen des Vorredners an. Man solle dieses Thema nicht ständig diskutieren. Die Verwaltung wurde gebeten, einen Vorschlag zu erarbeiten. Über diesen könne dann vernünftig beraten werden. Das Ziel sei, Möglichkeiten durch Verbesserung im Wohnraum zu schaffen. Vielleicht sei die Verwaltung in manchen Baugebieten zu langsam und weist die Kritik bezüglich der BTU Sitzung zurück. Miteinander solle schneller entschieden werden. Die unterschiedlichen Bedarfe der Bürger, auch an kleinteiligen Gebieten oder Reihenhäusern, müsse beachtet werden.

Frau Saglam spricht ihren Dank für das Feedback aus. Sie teilt mit, dass beim Erstgespräch unter

TOP 2

Projekt KiFa plus - Aktivierung von Familien in besonderen Lebenslagen
Unterstützung für obdachlose Familien

Vorl.Nr. 024/17

anderem auf die medizinischen Untersuchungen hingewiesen werde.

EBM Seigfried bedankt sich und merkt an, dass jeweils individuell entsprechende Lösungen gesucht werden.

TOP 3	Mittel aus dem Fonds "Jugend, Bildung, Zukunft" für das Projekt "Leseimpulse - Bibliothek entdecken und erleben"	Vorl.Nr. 276/17
-------	--	-----------------

Beschluss:

Zur Folgefinanzierung des Kooperationsprojekts „Leseimpulse: Bibliothek entdecken und erleben“ der Pestalozzischule, der Stadtbibliothek und des Fördervereins der Pestalozzischule im Schuljahr 2017/2018 werden Mittel aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ in Höhe von 3.876,00 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

TOP 4	Mittel aus dem Fonds "Jugend, Bildung, Zukunft" für das Schülerprojekt MIGRATION des Otto- Hahn-Gymnasiums	Vorl.Nr. 275/17
-------	--	-----------------

Beschluss:

Zur Finanzierung des Schülerprojekts MIGRATION Hoffnung Europa - Flüchtlinge aus Afrika des Otto-Hahn-Gymnasiums in Kooperation mit Bimsum Production und der Tanz- und Theaterwerkstatt Ludwigsburg werden Mittel aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ in Höhe von 4.000,00 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet EBM Seigfried die Aussprache.

Stadträtin Dr. Knoß zeigt sich erfreut, dass dieses Projekt in der Schule umgesetzt werde.

Stadtrat Heer wünsche sich einen höheren Verfügungsrahmen für die Verwaltung.

EBM Seigfried antwortet hierzu, dass bezüglich des Fonds beschlossen worden sei, dass bei Beträgen bis zu 2.000.--Euro die Verwaltung entscheide. Darüber hinaus der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Dem anhängigen Raumprogramm wird zugestimmt.

Der Planungsrate für die Wirtschaftlichkeitsprüfung in Höhe von 50.000 € und den Planungen bis einschließlich der Leistungsphase 3 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried begrüßt als Trägervertreter Herr Wunram und gibt das Wort an Frau Schmetz (FB Bildung und Familie) weiter. Das Raumprogramm sei von der Gesamtkirchengemeinde vorgelegt worden. Bei der Detailprüfung haben beide Seiten Kompromissfähigkeit gezeigt. Als Besonderheit sei hier ein Planungsprozess, indem als ersten Schritt die Wirtschaftlichkeit geprüft werde. Dieser Prozess dauere etwas länger als üblicherweise. Es seien mehrere Schritte zu planen.

EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer dankt für das Engagement der Kirche. Man benötige die Plätze dringend in der Stadt. Er werde zustimmen.

Ebenso ihre Zustimmung gibt Stadträtin Steinwand-Hebenstreit. Die Einrichtung werde dringend benötigt, auch im Hinblick auf die Aufsiedlung Fuchshof. Wichtig sei die maßvolle Erweiterung. Der alte Baumbestand solle geschont werden.

Stadträtin Faulhaber gibt auch ihre Zustimmung. Man wolle eine gute Überplanung des Gesamtgeländes. Qualität stehe hier vor Tempo.

Stadträtin Moersch signalisiert ihre Zustimmung. Der Zeitplan sollte sorgfältig aber so straff wie möglich erfolgen. Sie wünscht viel Erfolg und bestes Gelingen.

Stadtrat Heer erinnert an den Antrag, dem Wunsch der Kirchengemeinde nachzukommen. Er stimme selbstverständlich zu und hoffe auf eine schnelle Umsetzung.

Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried weist darauf hin, dass ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Thema vorliege. Mit der Mitteilungsvorlage hoffe er, erschöpfend Auskunft gegeben zu haben und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit dankt für die schnelle Beantwortung des Antrages. Das Thema Sicherheit in diesen Bereichen sei wichtig. Sie wolle darauf hinweisen, dass die Oststraße vergessen worden sei und bittet um Aufnahme und Prüfung. Mit dem Ergebnis zur Abelstraße sei sie nicht einverstanden. Der Bereich sei zu kurz. Ebenso das Ergebnis zur Hohenzollernstraße. Die Bitte sei, ob durchgängig eine Tempo 30 Zone bis zu Wüstenrot eingerichtet werden könne. Tempo 30 sei auch in anderen Bereichen der Stadt, insbesondere wegen Lärmschutz, Verlangsamung des Verkehrs, Verringerungen der Beschleunigungen, sowie des CO₂ Ausstoßes, sinnvoll einzurichten. Sie bemängelt die Kontrollen.

Seinen Dank für die Vorlage spricht Stadtrat Link aus. Die Differenzierung der Straßen empfinde er als gut. Bestimmte Straßen sollten dennoch nochmal überdacht werden. Die Abel-/und die Martin-Lutherstraße seien die Querverbindung von der B27 zur Weststadt. Ebenso erinnert er an das Durchkommen des ÖPNV. Vor den Schulen gebe es auch die Möglichkeit Balken anzubringen. Ebenso solle der Hol-/Bringverkehr vor den Schulen kontrolliert werden. Bei Durchgangsstraßen mit Buslinien solle Tempo 50 verbleiben. Fraglich sei für ihn die Tempo 30 Zone beim Hohenzollernplatz.

Grundsätzlich sei die SPD für sichere Schulwege und für sichere Straßenverhältnisse, so Stadtrat von Stackelberg. Im Gegenzug müsse überlegt werden, welcher unübersichtliche Schilderwald produziert werde. Er dankt für die Vorlage. Die Innenstadt komplett als Zone 30 wäre wünschenswert. Dann hätte man eine einheitliche Regelung. Überlegenswert seien Fußgängerampeln vor Einrichtungen. Von den Fahrradfahrern gehe ebenso ein Gefahrenpotential aus. Es seien nicht nur die Autofahrer. Nachzudenken sei über eine einheitliche Zone 30 in der Innenstadt.

Stadtrat Dengel merkt an, dass die Straßenverkehrsordnung für alle gelte. Verkehrsbeschränkende Maßnahmen seien hauptsächlich im Interesse der Kinder vorzunehmen. Traurig empfinde er das Verhalten der Eltern im Hol-/Bringverkehr. In diesem Bereich solle vermehrt kontrolliert werden, da manche Eltern sich nicht verkehrsgerecht verhalten.

Stadtrat Heer sehe Tempo 30 vor Einrichtungen als sinnvoll. Die Problematik sei, dass dann keine Fußgängerüberwege eingerichtet werden können. Für Bestehende gelte der Bestandsschutz. Sinnvoll seien entsprechende Kontrollen einzuführen. Insgesamt sei die Vorlage gut. Man brauche hier ein Gesamtkonzept.

Herr Müller (FB Sicherheit und Ordnung) und Herr Schlichczin (FB Stadtplanung und Vermessung) beantworten die Fragen des Gremiums. Mit der Änderung der Straßenverkehrsordnung sei ein Umdenken insofern erfolgt, dass nicht die Unfallschwerpunkte angesetzt werden, sondern die Schwelle vor Einrichtungen durch Anbringung von Tempo 30 heruntergesetzt werde. Vor Ort werde eine Einzelfallprüfung durchgeführt. Der Zugang zur Oststadtschule sei bereits im Tempo 30 Bereich, zudem sei der Eingangsbereich durch Gitter gesichert. Der Bereich vor der Abelstraße, sowie der Hohenzollernstraße werde nochmals überprüft. Der Fokus liege direkt vor den Einrichtungen, man habe hier nur einen kurzen Bereich.

TOP 6

Einzelanordnung Tempo 30 vor
Kindertagesstätten, Schulen und Altenheimen
hier insbesondere Abel-/Umlandstraße und Martin-
Luther-Straße

Vorl.Nr. 288/17

Vor den Einrichtungen werde ein relativ großes Verkehrszeichen mit dem Vermerk auf den Tempo 30 Bereich, der zeitlichen Beschränkung, sowie der Einrichtung, angebracht. Der Schilderwald wachse weiter an. Baulich werde nachgerüstet. Künftig werde mehr kontrolliert und mehr Displays eingesetzt. Beim Seniorenheim am Hohenzollernplatz sei der nahe gelegene Kinderspielplatz integriert worden, somit sei hier Tempo 30 sinnvoll. Man habe flächendeckend Tempo 30 im Innenstadtbereich, ausgenommen sei die Wilhelmstraße. Bei der Alleenstraße als Fahrradstraße seien Verstöße festgestellt worden. Hier haben Kontrollen in Zusammenarbeit mit dem SVD stattgefunden. Es seien beherrschende Gespräche geführt worden. Nach der Sommerpause werde hierzu im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ein mündlicher Bericht erfolgen. Sukzessive werde in den Einrichtungen auf die Probleme der sogenannten Elterntaxen hingewiesen. Von Zebrastreifen vor Schulen wird abgeraten, sicherer sei eine Lichtsignalanlage. Es müsse zwischen Tempo 30 Zone und Einzel 30 unterscheiden werden. In der Tempo 30 Zone seien Zebrastreifen und Lichtsignalanlagen nicht möglich, außer es sei Bestandsschutz.

EBM Seigfried stellt die ausgelegte Broschüre zur Schulwegempfehlung vor. Hiermit werden Eltern über die Schulwege informiert und es werden Verhaltenshinweise gegeben. Im nachfolgenden nichtöffentlichen Bereich habe man die Vergabe neuer Kontrollanlagen zu beschließen. Aus vergaberechtlichen Gründen sei dies im nichtöffentlichen Teil angesetzt. In der Marbacherstraße werde eine Messanlage ersetzt. Neue Anlagen werden an der Schwieberdingerstraße, sowie an der Kreuzung Schwieberdinger-/Eglosheimerstraße. Es werde unangemessen schnell, sowie über Rotschaltung gefahren.

Stadtrat Meyer geht darauf ein, dass dieses Thema öffentlich beraten werden solle. Die Bevölkerung habe ein Anrecht zu erfahren, was für die Sicherheit getan werde. Er habe die Bitte künftig ein Konzept zu erstellen. Es gebe außer Unfallschwerpunkten auch Geschwindigkeits- und Lärmschwerpunkte. Dies solle offen diskutiert werden.

Stadtrat Link merkt an, dass in der Martin-Lutherstraße, vor allem in den Nachtstunden, kontrolliert werden solle. Zudem fände er gut, wenn die Flyer zur Schulwegeempfehlung in der Schule ausgelegt werden.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit will wissen, wann die Geschwindigkeitsbegrenzungen umgesetzt werden. Zudem wolle sie die Situation in der Alleenstraße ansprechen. Hier gehe von drängelnden Autofahrern eine große Gefährdung aus. Außerdem wolle sie die Rotlichtvergehen vor der Polizei. Dies sei ein stark frequentierter Bereich und sie beobachte täglich gefährliche Situationen.

Zum Verfahren habe Stadtrat von Stackelberg eine konkrete Frage. Beispielhaft geht er auf das Alloheim am Hohenzollernplatz ein und wolle wissen, wie hier das Vorgehen sei.

Herr Müller geht allgemein auf die Verkehrsteilnehmer ein. Es sei ein Miteinander. Soweit genügend Personal vorhanden sei, werden Kontrollen durchgeführt.

Zum Alloheim geht Herr Schlichczin auf die offenen Fragen ein. Die Straßenverkehrsordnung sieht einen Umkehrschluss vor. Man müsse begründen, weshalb Tempo 50 verbleiben solle. Hierfür gebe es keinen Grund. Durch die Integration des naheliegenden Kinderspielplatzes könne er Tempo 30 besser begründen.

EBM Seigfried merkt an, dass dies eine Mitteilungsvorlage sei. Die Umsetzung erfolge schnellstmöglich durch die TDL.

Kindertagesstätten, Schulen und Altenheimen
hier insbesondere Abel-/Uhlandstraße und Martin-
Luther-Straße
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
06.03.2017

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 6

TOP 7	Fortführung der Finanzierung der Aktivspielplätze Jugendfarm Ludwigsburg und Robinsonspielplatz Neckarweihingen	Vorl.Nr. 258/17
-------	---	-----------------

Beschluss:

1. Die Förderung des Robinsonspielplatz Neckarweihingen e.V. und des Jugendfarmvereins Ludwigsburg e.V. erfolgt auf der Grundlage der in Anlage 1 zusammengefassten Eckpunkte.
2. Die Fördersummen des Jugendfarmvereins e.V. und des Robinsonspielplatz Neckarweihingen e.V. werden dementsprechend angepasst.
3. Die Förderung erfolgt ab 2017. Die Leistungsvereinbarung wird für die Laufzeit von 2017 bis 2019 geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet EBM Seigfried die Aussprache.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit will zur Jugendfarm wissen, wieviel Einnahmen durch den Verkauf beim Weihnachtsmarkt erzielt werden und wie hoch die zusätzliche notwendige Unterstützung durch die Stadt sei.

Stadtrat Heer macht auf die Ungleichheit in der Alterszulage bei der Bezahlung nach dem TVÖD aufmerksam. Zudem wolle er wissen, ob die unterschiedlichen Öffnungszeiten bei der Förderung berücksichtigt werden.

TOP 7	Fortführung der Finanzierung der Aktivspielplätze	Vorl.Nr. 258/17
-------	---	-----------------

Frau Schmetz (FB Bildung und Familie) geht auf die offenen Fragen ein. Zum Thema Einnahmen teilt sie mit, dass der Träger die Spendengelder nachweise. Im TVÖD werde ein Erfahrungshorizont berücksichtigt. Dieser könne sehr unterschiedlich sein. Man habe hier eine Pauschalfinanzierung. Alle Träger haben zusätzliche Eigenmittel zur Finanzierung der Personalkosten aufzubringen.

Stadträtin Faulhaber spricht ihren Dank für die ehrenamtliche Arbeit aus. Das ehrenamtliche Engagement sei sehr hoch. Die Nachfrage zum Thema Weihnachtsmarkt habe sie gestört. Die Finanzierung dieser zwei Abenteuerspielplätze sei ihr sehr wichtig.

Ihrer Vorrednerin zustimmen könne Stadträtin Moersch. Die ehrenamtliche Leistung sei sehr gut. Die Aufstockung sei richtig. Sie hoffe, dass beide Einrichtungen weiterhin so gut arbeiten.

EBM Seigfried lässt über die Vorlage abstimmen. Nach der Abstimmung merkt er an, dass die einstimmige Beschlussfassung die große Wertschätzung der Arbeit ausdrücke.

TOP 8

Bewerbung für den Ideenwettbewerb zur Strategie
"Quartier 2020 - Gemeinsam.Gestalten." anhand
des Stadtteils Grünbühl Sonnenberg

Vorl.Nr. 263/17

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales stimmt der Teilnahme am Ideenwettbewerb des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg mit dem Ziel **zu, jeweils** einen Quartiersentwicklungsprozess für „Grünbühl-Sonnenberg“ **und das Quartier „City-Ost“** durchzuführen, zu. **Die Stiftung Evangelische Altenheime Ludwigsburg, als Initiator der Quartiersentwicklung „City- Ost“, wird dabei von der Stadtverwaltung unterstützt.**

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried teilt mit, dass sich eine Modifikation kurzfristig ergeben habe. Er gibt das Wort an Herrn Henning (FB Bildung und Familie) weiter. Kurzfristig sei von der Ev. Altenheimstiftung ein Antrag eingegangen. Eine Kommune könne sich mit zwei Projekten bewerben. Die Höchstfördersumme ändere sich nicht. EBM Seigfried merkt an, dass sich die Verwaltung, abweichend des bisherigen Beschlussvorschlages, vorstellen könne, das Anliegen der Stiftung

TOP 8

Bewerbung für den Ideenwettbewerb zur Strategie

Vorl.Nr. 263/17

aufzunehmen und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Prof. Vierling macht darauf aufmerksam, dass ein Projekt ausführlich vorgestellt worden sei. Die Förderung für dieses Projekt könne mitgetragen werden. Über das weitere Projekt wisse man nicht viel. Zur Vorlage könne er sagen, dass aus der Kenntnis der Arbeit in Grünbühl-Sonnenberg, dieses Projekt förderwürdig erscheine. Die vorliegende Projektskizze erhalte die volle Unterstützung.

Stadträtin Dr. Traub könne sich dem Vorredner anschließen. Ein detailliertes Konzept liege lediglich von einem Projekt vor. Dieses werde befürwortet. Das Projekt sei dort richtig angesiedelt. Beeindruckt habe sie die konkreten Vorschläge. Sie wolle wissen, ob dieses Projekt auch mit 50.000.--Euro durchgeführt werden könne. Die Bedingungen für den Antrag erfülle auch das zweite Projekt. Die erfolgreiche Bewerbung könne sie nicht einschätzen. Grundsätzlich sei sie dafür.

Stadträtin Faulhaber wolle die Argumente nicht wiederholen und wolle wissen, ob heute entschieden werden müsse. Man sei von einer anderen Grundlage, 100.000.--Euro für Grünbühl ausgegangen. Eine Zustimmung erfolge, auch wenn ein weiterer Antrag vorliege.

EBM Seigfried teilt mit, dass die Bewerbungsfrist am 28.7.17 endet.

Herr Henning merkt noch an, dass der weitere Antrag der Ev. Altenheimstiftung aufgrund der kurzen Zeit nicht so umfassend sei. Eine Zusammenfassung beider Anträge sei aufgrund der unterschiedlichen Strukturen der Quartiere nicht möglich.
Man brauche einen positiven Beschluss für die Antragstellung.

Die Diskussion kann Stadträtin Moersch nicht verstehen. Es spreche nichts dagegen, die Ev. Altenheimstiftung mit aufzunehmen. Die formalen Voraussetzungen seien erfüllt.

Stadtrat Heer merkt an, dass die Förderung beider Projekte wünschenswert sei. Er wolle lediglich darauf hinweisen, dass ein Risiko bestehen könne, wenn beide Anträge eingereicht werden.

Aufgrund des kurzfristig eingegangenen Antrages der Stiftung Evangelische Altenheime Ludwigsburg stellt EBM Seigfried eine geänderte Beschlussempfehlung (wie oben kursiv eingefügt) zur Abstimmung.